

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Prüfen: Moritzpl., Köpenicker Str. 97-98, Wiener Str. 1-4, Frankl. Allee 296, Frankl. Allee 246, Gr. Frankl. Str. 101, Gröben Str. 107, Schön. Allee 144, Schulhausstr. 4, Fehrb. Str. 10, Mühlentz. 126, Badstr. 61, Königsr. 56-57, Rosenthal Str. 48, Hallescher Str. 2, Turnstr. 41, Potsd. Str. 33, Leipziger Str. 102, Zimmerstr. 59, Büchelerstr. 20, Charlottenb. Tauentzienstr. 2, Kantstr. 54, Scharrenstr. 29, Nollstr. 37-38, Friedenau Hauptstr. 19, Hallesche-Grünwald, Henriettenplatz, Lichtenberg: Frankl. Allee 241, Lichterfelde-West, Carstr. 1-2, Neukölln, Berliner Str. 42, Harmannstr. 92-94, Pankow, Bornholmer Str. 1, Schwarzenhof, Breite Str. 10, Schöneberg, Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Singilitz Albrechtstr. 129, Tegel, Berliner Str. 13, Tempelhof, Berliner Str. 127, Wilmersdorf, Uhlandstr. 25, Brandenburger Hauptstr. 4, Frankfurt a. O. Regierungstr. 4a, Potsdam Brandenburger Str. 28, Spandau, Breite Str. 47, Stettin, Parodiplatz 5, Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die preußische Kabinettsbildung.

Die Teilnahme der Parteien.

Von amtlicher Seite liegen noch keine Nachrichten über die Zusammenfassung des neuen preußischen Kabinetts vor.

Die Stelle des Ministerpräsidenten, des Ministers des Innern, des Finanzministers, des Kultus- und des Landwirtschaftsministers übernehmen die Sozialdemokraten.

Nach Meldungen von anderer Seite wird das Handelsministerium in der Hand Herrn Fischbecks verbleiben, außerdem sollen dem sozialdemokratischen Kultusminister noch zwei Unterstaatssekretäre beigegeben werden.

Aus der Fraktion der Unabhängigen wird mitgeteilt, daß an die Fraktion der alten Partei ein Schreiben gerichtet worden sei.

Auf Ihre Anfrage, ob die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie der preußischen Landesversammlung bereit ist, in ein Ministerium einzutreten, erwidern wir namens unserer Fraktion, daß wir im voraus die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten fordern.

Ferner verlangen wir: 1. Einordnung des Rätebundes in die Verfassung; 2. Vollständige Auflösung des alten Heeres und des durch Freiwilligenkorps gebildeten Soldatenheeres, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft; 3. Sicherung aller durch die Revolution erzwungenen politischen Freiheiten; 4. Trennung von Staat und Kirche, Verwirklichung der Schule; 5. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen; 6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung; 7. Nachdrückliche Vertretung dieser Forderungen bei der Reichsregierung, schärfsten Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, welche die Verwirklichung dieser Forderungen verhindern.

Die von der Mehrheitspartei angeregte Frage der Beteiligung von Unabhängigen an der Regierung scheint jedoch nach den Meldungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bereits aus der Diskussion ausgeschlossen zu sein.

Handschreiben des schweizerischen Bundespräsidenten an den deutschen Reichspräsidenten.

Berlin, 24. März. (W. Z. B.)

Der schweizerische Bundespräsident Herr Ador hat das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten Gehrt, in dem dieser ihm seine Wahl und seinen Amtsantritt angezeigt hatte, mit einem warm gehaltenen Handschreiben beantwortet.

Gegen die Abtrennung deutscher Gebiete.

Eine Erklärung des Reichspräsidenten.

Berlin, 24. März.

Das Bureau des Reichspräsidenten gibt bekannt: Dem Reichspräsidenten gehen täglich aus der Ostmark wie aus dem Westen des Reiches in sehr großer Zahl Rundgebungen öffentlicher Körperschaften, privater Verbände und öffentlicher Versammlungen zu, in welchen gegen die Abtrennung deutscher Landesteile an Polen sowie des Saargebiets an Frankreich Protest erhoben und der feste Entschluß bekundet wird, mit allen Kräften diese Gebiete dem Deutschen Reich zu erhalten.

Ein neuer Parlamentärmord der Polen.

Berlin, 24. März. (W. Z. B.)

An der schlesisch-böhmischen Grenze wurde eine eigene Feldarmee südlich Friedland von Tschechen beschossen. Von allen Seiten der polenischen Front sind Patrouillenvorstöße und kleinere Angriffe der Polen zu berichten.

zu berichten, die Stimmung unserer Truppen ist daher äußerst erbittert, vor allem um Reheabschnitt südlich Schneidemühl-Strömberg, gegen den sich die häufigsten Vorstöße gerichtet haben.

Die deutsche Regierung wird hoffentlich nicht verläumen, die fortwährenden Hebergriffe der Polen, vor allem den neuen Parlamentärmord, der Entente mit schärfstem Protest zur Kenntnis zu bringen.

Die Diktatur des ungarischen Proletariats.

Ordnung und Ruhe in der Provinz.

Budapest, 24. März. (Ungarisches Korr.-Bureau.)

In der Provinz herrscht nach amtlichen Berichten überall Ordnung und Ruhe. In den meisten größeren Städten haben die Sozialisten die Verwaltung übernommen und ein Direktorium bestellt.

Der Volksbeauftragte für Unterrichtsweesen hat die Eintrittskarten sämtlicher Budapest Theater für Donnerstag und den folgenden Tag für ungültig erklärt.

Der Volksbeauftragte für Ernährungsweesen hat angeordnet, daß vom 27. März bis zum 2. April frisches Wind- und Schweinefleisch in feiner Form verkauft oder verzehrt werden darf.

Vereiteltes Bolschewistenattentat gegen England

Amsterdam, 24. März.

„Daily Express“ meldet, daß die englischen Behörden eine bolschewistische Verschwörung entdeckt haben. Am Sonnabend wurden Nachrichten aus Rußland ausgegangen, aus denen hervorgeht, daß Agenten von Lenin und Trotzki in neutralen Häfen angekommen wären.

Der Vorposten zum Amstutz Mitteleuropas.

Amsterdam, 24. März.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ bemerkt zu dem Bruch Ungarns mit den Alliierten ironisch, daß es der Entente endlich gelang ist, Ungarn dem Bolschewismus in die Arme zu treiben.

Tragisches Ende einer Kindervorstellung.

Ein gräßliches Unglück in Gleiwitz.

Gleiwitz, 24. März.

Die „Oberschlesische Volksstimme“ meldet: Die hiesige katholische Mission für Mädchen schuf veranstaltete heute nachmittag im Stadtgarten eine Kindervorstellung, die stark besucht war.

Wie der „Oberschlesische Wanderer“ weiter meldet, beläuft sich die Zahl der toten Kinder auf rund 70, die Zahl der Verletzten auf etwa 20.

Die tschechoslowakische Regierungskrise. Ueber die angebliche Krise in der tschechoslowakischen Regierung konnte, wie die „P. P. A.“ melden, bisher nichts Authentisches in Erfahrung gebracht werden.

Die Tarifbewegung der Privatbahnen. Die Vertreter von 20 000 deutschen Privatbahnen, die sich geschlossen als Fachverband in die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter eingefügt haben, verammelten sich am 18. bis 21. März in Berlin zu einer außerordentlichen Hauptversammlung.

Eine preußische Regierungspartei gegen Preußen!

Aus der Tagesordnung der gestrigen Sitzung, der preußischen Landesversammlung ergibt sich, daß heute nachmittag das preußische Volk offiziell erfahren soll, welche Regierung ihm der Präsident der Versammlung, Herr Reinert, ausgesucht hat.

Das Zentrum hat gestern eine einzige Partei die von allen übrigen Parteien eingebrachte Entschließung, die sich gegen eine Losrennung Rheinlands, Westfalens von Preußen wendet, durch Stimmenthaltung abgelehnt.

Als am Sonnabend der „Macher“ des Kerikalen Rheinbundes, Herr Kaster vom Zentrum, seine Antipreußerrede hielt, konnte man noch glauben, das Zentrum werde als zweiten Redner einen Anhänger des ungeteilten Preußens vorschicken.

Als am Sonnabend der „Macher“ des Kerikalen Rheinbundes, Herr Kaster vom Zentrum, seine Antipreußerrede hielt, konnte man noch glauben, das Zentrum werde als zweiten Redner einen Anhänger des ungeteilten Preußens vorschicken.

Unterstaatssekretär Dr. Freund beteuerte, daß man dem guten Zentrum doch gar nicht solche Vorwürfe gemacht habe, aber traurig sei die Sache doch.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) ließ sich natürlich nicht die Gelegenheit entgehen, das eigenartige Bild der „Einigkeit“ zu beleuchten, das die Haltung des zur Regierung herangezogenen Zentrums in dieser Frage bietet.

Als Ministerpräsident Hirsch diesem Vertreter der alten Zeit energisch entgegentrat, fand er den Beifall der großen Mehrheit des Hauses.

Der Volkspartei Stendal bestätigte nachdrücklich, daß die überwiegende Mehrheit der hannoverschen Bevölkerung nichts von den alten Weltenträumen wissen wolle.

Ein Schlussantrag machte dann der Debatte ein Ende. Der von sämtlichen Parteien eingebrachte Antrag Graf, der gegen die Einverleibung rheinischer Landesteile nach Frankreich oder Belgien Einbruch erhebt, und den Gedanken eines westlichen Ruffertentums zurückweist, gelangte einstimmig zur Annahme.

In der heutigen Sitzung, die um 1 Uhr beginnt wird der Präsident wie schon erwähnt, Mitteilung über die Berufung der Staatsregierung machen.

Der Seniorenkonvent der preußischen Landesversammlung trat gestern nach Schluß der Sitzung zusammen, ueber seine Beratungen und Vorschläge ist folgendes mitzuteilen: Ueber die heute auf der Tagesordnung stehende Mitteilung der Regierung über